

V0606/21

Mobilfunkmasten im Südwesten

-Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zu V0508/21 vom 06.07.2021-

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 06.07.2021

Die Beschlussvorlage der Verwaltung V0508/21 und der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0606/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Frau Preßlein-Lehle erläutert, dass die Vorlage vom Referat VII eingebracht werde, weil bei Masten über 10 Metern eine Baugenehmigung erforderlich sei. Der Immissionsschutz sei jedoch nicht Teil der Baugenehmigung und werde daher nicht von der Baugenehmigungsbehörde geprüft. Jede Antennenanlage benötigt eine Standortbescheinigung, wonach die Grenzwerte eingehalten werden. Für den ersten Standort Ochenschlacht sei zunächst keine Baugenehmigung erteilt worden, jetzt werden die Antennen an einen neu errichteten Flutlichtmasten mitten zwischen den Sportplätzen angebracht. Der zweite Standort sei auf einem privaten Grundstück, hier habe der BZA Südost die dringende Bitte geäußert, möglichst weit entfernt von der näheren Wohnbebauung zu platzieren. Die Stadtbaurätin habe daraufhin persönliche Gespräche mit der Telekom zugesagt. Im Moment sei sie sehr zuversichtlich, auch wenn noch keine verbindliche Aussage vorliege.

Stadtrat Witty führt aus, dass das Thema 5G die Bürgerschaft sehr bewege. Er wolle vermeiden, dass die beiden Themen 5G im Allgemeinen und die Standortfrage für die konkreten Mobilfunkmasten vermischt werden. Die Sorgen der Leute müsse man jedoch ernst nehmen. Die durchgeführte Infoveranstaltung sei nicht sehr ansprechend für Bürger gewesen, künftige Informationstermine sollten aus seiner Sicht anders aufgezogen werden.

Stadtrat Pauling ist der Meinung, dass man um das Thema 5G nicht herumkomme, dieses werde nicht auf kommunaler Ebene entschieden. Denkbar sei im Übrigen aber sogar eine Reduzierung der Strahlenbelastung.

Stadträtin Leininger erläutert, dass der Ergänzungsantrag der GRÜNEN die Problematik aufnehme. In der Bevölkerung gebe es große Skepsis, sobald ein Mast aufgestellt wird. Sie bittet um Prüfung, wie man gestaltenden Einfluss auf den Ausbau ausüben kann. Man komme sich immer hilflos vor, wenn man keine Einflussmöglichkeiten habe.

Stadtrat Over unterstütze den Antrag, der ein ureigenstes ÖDP-Thema darstelle. Dies gelte auch für die Forderung nach einem Mobilfunkbeauftragten. Es gehe darum, die Hilflosigkeit abzustreifen, die Bürgerschaft wahrzunehmen und steuernd einzugreifen. Aufgrund der Entscheidung für ein Testfeld mache es keinen Sinn, gegen 5G zu sein, er werde den 5G-Ausbau aber immer kritisch begleiten.

Stadtrat Dr. Meyer vergleicht die 5G-Debatte mit der Impfdebatte. Auch hier werden aus seiner Sicht Thesen aufgestellt, wobei es keinerlei wissenschaftliche Evidenz zu einer Gefährdungslage gebe. Formulierungen wie „Gesundheitsschutz“ tragen zur Verunsicherung der Bürger bei, er könne einen Antrag in so einer Dimension deshalb nicht nachvollziehen. Ein Standortkonzept halte er jedoch für sinnvoll, dem zweiten Antragspunkt könne er zustimmen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf schränkt ein, dass die Mobilfunkbetreiber Standortwünsche äußern, die man nicht vorschreiben könne. Verfahrensfreie Masten können überhaupt nicht verhindert werden. Die Möglichkeiten der Kommune seien in diesem Zusammenhang sehr begrenzt, hier sei der Gesetzgeber gefragt. Bedenken müsse man ernst nehmen, auch wenn ihm bisher niemand überzeugend darlegen habe können, wo gesundheitliche Risiken bestehen.

Herr Prof. Rosenfeld teilt die Sorge, sich als Stadt nur in einem reaktiven Mode zu befinden. Er setze sich für eine strategische Begleitung ein, mit einem Mobilfunkbeauftragten und regelmäßigen Sitzungen eines Runden Tisches Mobilfunk. Von den Mobilfunkbetreiber sollen regelmäßig Ausbauplanungen für das kommende Jahr gefordert werden, um nicht immer nur einzelne Suchkreisanfragen vorgelegt zu bekommen. Er erinnert daran, dass der Stadtrat in seiner Sitzung vom 11.05. diesem Vorgehen bereits grundsätzlich zugestimmt habe und er wie dabei festgelegt für die nächste Sitzung des Stadtrats eine konkretisierende Vorlage einbringt. Ziel sei allgemein ein forcierter Dialog mit den Mobilfunkbetreibern, auch wenn de facto im Einzelfall wenig Einflussmöglichkeit bestehe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erkundigt sich, ob dem Antrag damit genüge getan sei.

Stadtrat Achhammer schlägt vor, diesen zurückzustellen und so wie gehört vorzugehen.

Stadtrat Witty hält Kommunikation und einen Beauftragten für die beste Lösung.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0508/21:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Der Antrag der GRÜNEN-Stadtratsfraktion wird zurückgestellt, bis konkrete Vorschläge vorliegen.